

FREIBERUFLER-TICKER vom 1. April 2021

1. KfW-Krisen-Kredite verlängert und erhöht

Das KfW-Sonderprogramm, inklusive des KfW-Schnellkredits, wird bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Bislang war es bis zum 30. Juni 2021 befristet. Überdies werden die Kreditobergrenzen zum 1. April 2021 erhöht. Das [teilen](#) die Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Bundesministerium der Finanzen und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Ende vergangener Woche mit. Im KfW-Schnellkredit betragen die Kreditobergrenzen künftig für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten 1,8 Millionen Euro statt bisher 800.000 Euro, für Unternehmen mit über zehn bis 50 Beschäftigten 1,125 Millionen Euro statt bisher 500.000 Euro und für Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten 675.000 Euro statt bisher 300.000 Euro. Die maximale Kreditobergrenze je Unternehmensgruppe von 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019 wird beibehalten. Im KfW-Unternehmerkredit und ERP-Gründerkredit mit Laufzeiten von mehr als sechs Jahren wird die Kreditobergrenze von bisher 800.000 Euro auf 1,8 Millionen Euro erhöht.

2. Folgen der Corona-Pandemie in zehn Zahlen

Das Statistische Bundesamt gab am 31. März 2021 einen [Überblick](#) über besonders einschneidende Veränderungen im Corona-Jahr 2020 und zu Beginn des Jahres 2021. Eine Auswahl der zehn Fakten: Das Bruttoinlandsprodukt ging 2020 um 4,9 Prozent gegenüber 2019 zurück. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2020 eine Defizitquote von 4,2 Prozent, das zweithöchste Staatsdefizit seit der deutschen Vereinigung. Die Reallöhne gingen um durchschnittlich 1,1 Prozent gegenüber 2019 zurück. Im Studienjahr 2020 gab es rund 21 Prozent weniger ausländische Studienanfänger. Überdies ist die Bevölkerung 2020 zum ersten Mal seit 2011 nicht weiter gewachsen.

3. Weniger Unternehmensinsolvenzen

2020 meldeten die deutschen Amtsgerichte 15.841 Unternehmensinsolvenzen. Das waren nach [Angaben](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 31. März 2021 15,5 Prozent weniger als 2019. Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen sank damit auf den niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung 1999. Einen Anstieg gab es zuletzt im Krisenjahr 2009 gegeben (plus 11,6 Prozent gegenüber 2008). Das Jahresergebnis 2020 ist laut Destatis maßgeblich durch die ausgesetzte Insolvenzantragspflicht in der Corona-Krise beeinflusst.

4. Arbeitsmarktzahlen für März 2021

Laut einer [Mitteilung](#) der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur monatlichen Entwicklung des Arbeitsmarkts vom 31. März 2021 gab es im März eine spürbare Frühjahrsbelebung. Insgesamt zeigt der Arbeitsmarkt aber weiter sehr deutliche Spuren der Krise, so die BA. Im Zuge der



Bis zu 50% Rabatt

Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Zum Angebot >

einsetzenden Frühjahrsbelebung liegt die Zahl der Arbeitslosen mit 2.827.000 um 77.000 niedriger als im Vormonat. Saisonbereinigt ist sie um 8.000 gesunken. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2 Prozent. Im Vergleich zum März des vorigen Jahres hat sich die Arbeitslosenzahl um 492.000 erhöht. Die Arbeitslosenquote verzeichnet im Vorjahresvergleich ein Plus von 1,1 Prozentpunkten. Nach aktuellen Daten zu geprüften Anzeigen wurde vom 1. bis einschließlich 25. März für 197.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Das seit November 2020 höhere Niveau der Anzeigen führt die BA auf die erneuten Eindämmungsmaßnahmen infolge der gestiegenen Infektionszahlen zurück. Jüngste Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme stehen bis Januar 2021 zur Verfügung. So wurde nach vorläufigen hochgerechneten Daten im Januar 2021 für 2,85 Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Die Inanspruchnahme des Kurzarbeitergelds hatte nach dem bisherigen Höchststand im April 2020 mit knapp sechs Millionen sukzessive abgenommen, steigt seit November 2020 mit den erneuten Eindämmungsmaßnahmen stetig wieder an, so die BA.

5. Arbeitsmarkt: Trotz Erholung, Risiken bleiben

Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) legt laut [Mitteilung](#) vom 29. März 2021 zum zweiten Mal in Folge zu und ist im März gegenüber dem Vormonat um 0,7 Punkte auf 101,7 Punkte gestiegen. Der Frühindikator des IAB zeigt damit positive Aussichten für die Arbeitsmarktentwicklung im zweiten Quartal. Zuletzt stand das Arbeitsmarktbarometer vor der Corona-Krise im Februar 2020 so günstig. Am Arbeitsmarkt stehen die Zeichen auf Erholung, so die Forscher. Sowohl bei der Beschäftigungsentwicklung als auch der Arbeitslosigkeit zeigten sich positive Signale. Die Verlängerung des Lockdowns sei allerdings erst nach Ende des Befragungszeitraums bis Mitte des Monats beschlossen worden. Die Risiken der Pandemie bleiben laut IAB immens.

6. Viele Beschäftigte möchten weniger arbeiten

Das geht aus am 30. März 2021 [veröffentlichten](#) Zahlen hervor, die das ifo Institut in einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung auswertete. 50 Prozent der männlichen und 41 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiten mehr, als sie gern würden. Männer arbeiten im Schnitt 41 Stunden in der Woche und wünschen sich 37 Stunden. Frauen arbeiten im Durchschnitt 32 Stunden und wünschen sich 30 Stunden. Beide Gruppen würden dabei einen Lohnverzicht akzeptieren. Die Studie zeigt überdies, dass 17 Prozent der weiblichen und neun Prozent der männlichen Beschäftigten mehr arbeiten möchten. Insbesondere Müttern fällt es schwer, ihre Arbeitszeitwünsche zu realisieren. Die Berechnungen zeigen laut der Autoren, dass dies nicht auf Kinder an sich, sondern auf den Mangel an Betreuungsmöglichkeiten oder die zu hohen Kosten dafür zurückzuführen ist.



Bis zu 50% Rabatt

Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Zum Angebot >

7. Ausländische Bevölkerung in Deutschland gewachsen

Wie das Statistische Bundesamt am 29. März 2021 [mitteilte](#), waren zum Ende 2020 11,4 Millionen Ausländer im Ausländerzentralregister (AZR) registriert, ein Plus von 1,8 Prozent zum Vorjahr. Ursächlich für das Wachstum ist ein Rückgang der Nettozuwanderung von Ausländern: 2020 wurden im AZR 740.000 zugezogene und 479.000 fortgezogene Ausländer angemeldet, somit ergab sich eine Nettozuwanderung von 262.000 Personen. Weitere Erkenntnisse sind, dass ohne Berücksichtigung von britischen Staatsangehörigen etwa 107.000 Ausländer aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) in Deutschland lebten, ein Plus von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Gegensatz dazu verringerte sich das Wachstum der ausländischen Bevölkerung aus Drittstaaten von 3,3 Prozent im vorherigen Jahr auf 1,5 Prozent in 2020.

8. DSEM 2020/21

Der Deutsche Social Entrepreneurship Monitor (DSEM) gibt jährlich einen Überblick über die Potenziale und Herausforderungen von Sozialunternehmen in Deutschland. Ende vergangener Woche erschien die [Studie](#) in ihrer dritten Auflage. 93 Prozent der Antwortenden geben an, mindestens eine Marktneuheit zum Zeitpunkt der Gründung zu bieten. 74,8 Prozent reinvestieren oder spenden ihre Gewinne mehrheitlich für gesellschaftliche Zwecke. Mehr als 80 Prozent sehen ökologische und soziale Verantwortung als wichtige Kriterien in der Beschaffung. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Geschäftsführungen der Antwortenden liegt bei 52,7 Prozent.

9. Hohe Beitragsrückstände in der Krankenversicherung

Die Beitragsrückstände in der Gesetzlichen Krankenversicherung haben sich in den vergangenen sechs Jahren mehr als verdoppelt. Das geht aus der Antwort ([19/27700](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag am 29. März 2021 berichtete. Demnach lagen die Gesamtrückstände 2014 bei rund 5,5 Milliarden Euro. 2020 summierten sich die Rückstände auf rund 12,6 Milliarden Euro. In der Antwort sind zudem Statistiken zu Selbstständigen enthalten, Aussagen zu deren Beitragsrückständen werden nicht ausgewiesen. Danach ist die Zahl der Selbstständigen insgesamt rückläufig, sie fiel von 4,259 Millionen in 2010 um rund sieben Prozent auf 3,957 Millionen in 2019, die Zahl der Solo-Selbstständigen ging mit minus 9,7 Prozent stärker zurück als die der Selbstständigen mit Angestellten (minus 3,8 Prozent). Die Entwicklung wird auch für Berufshauptgruppen nachgezeichnet. Bei den Freien Berufen nimmt die Zahl der Selbstständigen insgesamt seit jeher zu. Nächste Werte der vom Institut für Freie Berufe erstellten BFB-Freiberufler-Statistik, die auch die Auswirkungen der Corona-Krise zeigen, werden im Verlauf dieses Sommers vorliegen.

10. BfDI stellt Jahresbericht vor

Professor Ulrich Kelber, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), überreichte Ende vergangener Woche den [29. Tätigkeitsbericht](#) für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Seit diesem Jahr gibt



The advertisement features a dark blue background. On the left, a hand holds a tablet displaying the 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' (F.A.Z.) digital edition. A red banner over the tablet reads 'Bis zu 50% Rabatt'. To the right of the tablet is a glass of water and a cup of coffee. The main text in white reads 'Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.' Below this is a red button with white text 'Zum Angebot' and a right-pointing arrow. In the top right corner, there is a white logo consisting of a stylized 'f' and 'z' intertwined.

es für die beiden Themen Datenschutz und Informationsfreiheit einen gemeinsamen Bericht. 2020 haben den BfDI 7.878 Beschwerden und Anfragen von Bürgern erreicht. Laut BfDI zeigt dies, dass das Interesse an Datenschutz und Informationsfreiheit weiterhin hoch ist und sogar leicht steigt. Dem BfDI wurden insgesamt 10.024 Datenschutzverstöße gemeldet. 2019 lag diese Zahl noch höher. Wurde der BfDI 2019 noch in 273 Rechtssetzungsvorhaben um Stellungnahmen und Beratungen gebeten, waren es im vergangenen Jahr 423, in zahlreichen Rechtssetzungsvorhaben auch mehrfach. Im Bericht enthalten sind Ausführungen zur Corona-Warn-App der Bundesregierung und zum Schutz personenbezogener Daten bei Maßnahmen und Projekten des Bundesministeriums für Gesundheit. Mit Blick auf Änderungen des Infektionsschutzgesetzes stellt der BfDI fest, dass durch die Ausweitung sowohl der Gründe als auch des Umfangs von Meldepflichten für Erkrankungen und Krankheitserreger erheblich in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen wurde. Überdies thematisiert werden unter anderem die Informationsfreiheit in der Pandemie und das Patientendatenschutz-Gesetz.

11. Startschuss für KfW Award Gründen

Die Bewerbungsphase für den diesjährigen mit insgesamt 35.000 Euro dotierten KfW Award Gründen startet laut einer [Mitteilung](#) am 1. April 2021. Teilnahmeberechtigt sind junge Unternehmen sowie Start-ups aller Branchen ab Gründungsjahr 2016. Wie im vergangenen Jahr steht auch 2021 der Wettbewerb unter dem Einfluss der Corona-Pandemie und soll die enormen Leistungen junger Unternehmen in dieser herausfordernden Zeit besonders anerkennen: Wie konnte die Krise gemeistert werden? Sind dadurch neue Ideen entstanden? Auswirkungen der Pandemie auf Umsätze und Unternehmensergebnis werden von der Jury entsprechend berücksichtigt. Die Teilnahme ist ebenfalls für Gründer möglich, die eine Firma im Zuge der Nachfolge übernommen haben. Die Unternehmen müssen ihren Sitz in Deutschland haben. Prämiert werden ein Unternehmen aus jedem Bundesland und ein Bundessieger. Die Jury vergibt überdies einen Sonderpreis. Die Preisträger werden am 28. Oktober 2021 bekannt gegeben. Das Online-Formular für die Bewerbung sowie weitere Informationen finden sich unter www.kfw-awards.de.

Das BFB-Team wünscht allen Leserinnen und Lesern des BFB-Freiberufler-Tickers schöne Osterfeiertage und meldet sich mit der nächsten Ausgabe am 9. April 2021.



**Bis zu 50%
Rabatt**

**Jetzt 6 Monate F.A.Z. und
Sonntagszeitung digital
sichern.**

Zum Angebot >